



# Zwangsbeglückung

Polizeibeauftragter: Weder nützlich noch notwendig – Von Karl-Hermann Rehr

**KIEL – Das war schon eine denkwürdige Debatte im schleswig-holsteinischen Landtag am 17. Dezember 2015: Es ging um die Schaffung eines Polizeibeauftragten. In der Haushaltsgesetzgebung sollte es nun hoppelapp gehen. Zwar nicht um Inhalte, aber die Nachschiebeliste für den kurz bevorstehenden zu verabschiedenden Haushalt 2016 bedeutete schon alles. Grünen-Abgeordneter Burkhard Peters verspricht sich mit dieser Position den Polizeihimmel auf Erden, und die Koalitionspartner von SPD und SSW müssen mittraben. Denkwürdig auch der Zickzackkurs von Innenminister Studt: Mal war er dafür, dann dagegen, dann wieder dafür.**

Der Koalitionsvertrag von 2012 sah auf Wunsch der Grünen die Schaffung eines Polizeibeauftragten vor. Überall, wo grüne Landesregierungen mitbilden, fand sich diese Passage wieder. Dabei gab es weder gesellschaftlich noch aus der Polizei eine solche ernstzunehmende Forderung. Die Instrumente, um Polizei transparent zu machen, sind schon ohne Beauftragten vielfältig, werden genutzt, und es gibt keine „Kontrollücke“. Schon der bundesweit erste Polizeibeauftragte im Nachbarland Hamburg – Innensenator Wrocklage war noch im Amt – musste nach einer kurzen Versuchsphase wieder eingesammelt werden, weil die Instrumente der Gewaltenteilung ständig überschritten wurden. Aus dieser Erfahrung wurde der heutige SPD-Politiker Wrocklage nicht müde, zwar für einen Polizeibeauftragten zu werben, ihn aber grundgesetzlich zu verankern.

Dem Gesetzentwurf, den die Abgeordneten erst zur Haushaltsdebatte gestellt bekamen, mangelt es genau an diesem Punkt: Die Legislative setzt ihn ein, der oder die Beauftragte darf dann aber munter zwischen den demokratischen Grundfesten Judikative und Exekutive hin- und herspringen. Der Bundeswehrbeauftragte, der für den Polizeibeauftragten als Modell erhalten musste, ist jedoch grundge-

setzlich festgeschrieben und taugt schon deshalb nicht für ein Vorbild.

Kurios schon die Begründung zum Gesetzentwurf: „Glücklicherweise sind in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren keine eklatanten Fälle polizeilichen Fehlverhaltens bekannt geworden.“ Ja, warum ist dann ein solches Amt notwendig? In einem Zeitungsgespräch mit den KIELER NACHRICHTEN am 7. November 2015 sagte Innenminister Stefan Studt: „Aus meiner Sicht brauchen wir keinen Polizeibeauftragten in Schleswig-Holstein. Gerade in der derzeitigen Situation, in der sich die Landespolizei in ganz besonderer Weise engagiere, sollte die ganze Kraft auf die aktuellen Herausforderungen konzentriert werden.“ Recht hat der Minister.

Während der Landtagsdebatte war von dieser Skepsis des Innenministers gar nichts mehr zu hören. Vielmehr ergänzte der Minister, dass der Polizeibeauftragte auch für die Polizei gut sein könne. An seine belasteten Kolleginnen und Kollegen der Polizei hatte er wohl nicht gedacht, denn in Kreisen des Polizeimanagements besteht die große Befürchtung, dass diese Stelle für zusätzliche Arbeit sorgt: Beantwortung von Anfragen, Erstellung von Listen, Befragungen, zusätzliche Untersuchungen und, und, und ...

Immerhin konnte Studt aber noch einen Giftpfeil auf seinen Vorgänger Andreas Breitner abschießen: Schließlich habe der den Koalitionsvertrag verantwortlich mit ausgehandelt und unterschrieben.

Wolfgang Dudda, Abgeordneter der Piraten, schlug sich in der Debatte auf die Befürworterseite. Irgendetwas hatte aber der Abgeordnete verwechselt: Er zitierte munter aus einer Presseerklärung der GdP Rheinland-Pfalz. Deren Gesetz stand aber überhaupt nicht zur Debatte. Aus der Presseerklärung des GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein brachte der Pirat nicht ein Zitat, erwähnt die Aussagen der GdP Schleswig-Holstein mit keinem Wort. Diese Haltung passte wahr-



Karl-Hermann Rehr

Foto: TG

scheinlich nicht in sein politisches Kalkül.

Simone Lange war kurz vor der Landtagssitzung noch Gast in der GdP-Geschäftsstelle. Ihr Unwohlsein bei diesem Punkt brachte sie zum Ausdruck. Mit ihr hatten GdP-Vertreter mehrfach über Sinn und Unsinn einer solchen Stelle gesprochen. Eigentlich brauchte sie nicht mehr von GdP-Argumenten überzeugt zu werden. An dieser Stelle ergab sich die Abgeordnete dann aber doch der Koalitionsdisziplin.

Dr. Ekkehard Klug brachte es in seinem Beitrag auf den Punkt: Wenn es eine Beschwerdestelle für Bürger, die sich unangemessen behandelt fühlen, allein für die Polizei gibt, dann frage er sich, wie mit anderen Verwaltungszweigen umgegangen werde. Noch deutlicher wurde die CDU: Deren Vorsitzender Daniel Günther zeigte auf, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen (84%) Vertrauen in die Polizei habe. Im Umkehrschluss betitelten die Christdemokraten die neue Institution dann logischerweise auch als „Misstrauensbeauftragten“. Und das ist er auch: Zwar hatte noch im

Fortsetzung auf Seite 2



# Stellenabbau ist vom Tisch

Erleichterung bei der Landespolizei

Fortsetzung von Seite 1

September Ministerpräsident Albig zur Vereidigung von Dienstanfängern das hohe Lied des Vertrauens in die Polizei gesungen. In dieser Debatte war nichts von der parlamentarischen Mehrheit von diesem Vertrauen oder gar von einem Vertrauensvorschuss für die Polizei und deren Arbeit zu hören. Ohne deren Rückhalt kann die Polizei nicht arbeiten. Wo ist der oft beschworene Geist des Miteinanders? Der Gesetzentwurf strotzt nur so von Kontrollmöglichkeiten, die von uneingeschränkter Akteneinsicht bis hin zur Besetzung von Leitungsstellen bei großen Einsätzen gehen sollen.

Dieser Tag und diese Debatte haben gezeigt, dass der Geist des Miteinanders noch sehr weit weg ist

**Kiel – Der geplante Abbau von 122 Stellen bei der Landespolizei ist vom Tisch. Laut Angaben des SPD-Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner hatte es zwischen den Regierungsfractionen von SPD, Grünen und SSW eine entsprechende Einigung gegeben. Statt des ab 2018 beabsichtigten Stellenabbaus werde es nun unter dem Strich mehr Stellen bei der Polizei geben, erklärte der Sozialdemokrat.**

Mit seiner Dezembersitzung verabschiedete sich der Landtag auf Initiative der SPD definitiv vom Stellenabbau. Vor allem die Landtagsabgeordnete Simone Lange hatte sich nach Erkenntnissen der GdP in der SPD-Landtagsfraktion lange dafür starkgemacht.

Begründet ist der Sinneswandel bei der Koalition offenbar in den gestiegenen Aufgaben, beispielsweise den Schutz von Flüchtlingseinrichtungen oder Maßnahmen zur Terrorabwehr wie zum Beispiel das Beobachten von als gewaltbereit eingeschätzten Islamisten. Das Streichen der 122 Stellen werde in der mittelfristigen Finanzplanung korrigiert. Folglich werde es netto mehr Stellen bei der Polizei geben,

sagte Stegner. Zur Stärkung der Polizei werden im kommenden Jahr statt der geplanten 240 Nachwuchskräfte insgesamt 400 junge Beamtinnen und Beamte ausgebildet.

Während die CDU sich skeptisch zeigte, spricht die FDP von einer vernünftigen Entscheidung. CDU-Fraktionschef Daniel Günther wies darauf hin, dass die Ankündigungen Stegners bisher nicht durch Haushaltsanträge unterlegt seien. Es werde endlich Zeit, dass den enormen Belastungen der Beamten Rechnung getragen werde, unterstrich dagegen der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fühlt sich indes bestätigt. „Das ist eine gute Nachricht. Die Polizei sei im Moment an der höchsten Belastungsgrenze seit Jahrzehnten“, erklärte GdP-Landesgeschäftsführer Karl-Hermann Rehr auf Presseanfragen. Er freue sich, dass in dieser Frage Vernunft in die Politik eingekehrt sei.

Unter Hinweis auf die Schuldenbremse hatte die Landesregierung bislang trotz erheblicher Kritik, vor allem auch der GdP, lange am Abbau festgehalten.

## REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der

**Ausgabe 3/2016:**

XXXXXXXXXX



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

**Geschäftsstelle:**  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Telefon (04 31) 1 70 91  
Telefax (04 31) 1 70 92

**Redaktion:**  
Verantwortlicher Redakteur:  
Thomas Gründemann  
Geschäftsführender Landesvorstand  
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Telefon (04 31) 1 70 91  
E-Mail: [gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de](mailto:gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38  
vom 1. Januar 2016  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
stellen nicht in jedem Fall die Meinung  
der Redaktion dar.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

## FRAUENGRUPPE

# MALWETTBEWERB FÜR KINDER!

**Liebe Kinder, jetzt seid Ihr  
mal an der Reihe!**

Die Frauengruppe der GdP möchte für 2017 einen Familienplaner herausbringen und Ihr seid unsere Künstler!

Du bist zwischen 3 bis 16 Jahre alt und Deine Mama und/oder Dein Papa arbeiten bei der Polizei? Dann male oder zeichne uns doch ein Bild (DIN A4), wie Du Dir deren Arbeitsplatz vorstellst und sende dieses bis einschließlich **30. 4. 2016** (Poststempel ist ausschlaggebend) an: Sozialwerk der Gewerkschaft der Polizei SH, Stichwort: „Familienkalender“, Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel. Du darfst alles benutzen: Buntstifte, Kohle, Wachsmaler, Tusche, Filzler,



**... Lasse Deiner Phantasie freien Lauf.**

Eine Jury wird die jeweils drei besten Bilder aus vier verschiedenen Altersgruppen auswählen, die dann im Kalender 2017 abgedruckt werden. Es wird auch kleine Preise geben. Also seid gespannt und fangt gleich an zu malen! Wir freuen uns auf Eure Zusendungen!

**Eure Nina und Stefanie**



## KRIMINALITÄTSENTWICKLUNG

# Dramatischer Anstieg von Wohnungseinbrüchen

Geringe Aufklärungsquote – GdP: Personaldecke bei der Polizei ist viel zu kurz

**Kiel** – Die dramatische Entwicklung bei den Wohnungseinbrüchen im nördlichsten Bundesland war gestern Schwerpunktthema im „Schleswig-Holstein-Magazin“ (NDR). Dabei war auch der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner gefragt: Wie im Schleswig-Holstein-Magazin berichtet wurde, sei in den Monaten November und Dezember eine Steigerung der Zahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle landesweit im Vergleich zum Vorjahr von 1600 auf 2400 Taten zu verzeichnen gewesen. Das bedeutet eine satte Steigerung von 50 Prozent.

Der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner wies auf NDR-Nachfrage darauf hin, dass es sich hierbei nach polizeilichen Erkenntnissen um Serientäter handle, die professionell unterwegs seien und sich auf die Reaktion der Polizei einstellten.



BU BU BU BU

Als Ursache für den Anstieg der Zahlen und der geringen Aufklärungsquote wies Manfred Börner auch auf die zu kurze Personaldecke bei der Landespolizei hin. „Wo wenig Polizei ist, da mehren sich die Taten. Der bundesweite Trend sei auch in Schleswig-Holstein spürbar“, stellte der GdP-Landesvorsitzende fest. Manfred Börner wies darauf hin, dass das Nachbarland Hamburg in Sachen Einbruchsdiebstähle personell aufgerüstet habe. So sei eine große Ermittlungsgruppe eingerichtet worden. Das führe auch zu Verdrängungseffekten, zumindest ins Hamburger Umland. Der NDR stellt abschließend in seinem Beitrag fest: Bei der Polizei herrscht landesweit Personalmangel. Auch deswegen ist die Aufklärungsquote bei Einbruchsdiebstählen mit weniger als zehn Prozent sehr gering. Aus dem Innenministerium wollte sich niemand äußern. Ein Sprecher des Ministeriums verwies darauf, dass die Kriminalstatistik erst wieder im März thematisiert werde.



Text/Fotos: Thomas Gründemann

## GEWALT GEGEN POLIZISTEN

## Geteilte Trauer um getöteten Kollegen

Gewalttat gegen zwei Schutzpolizisten in Herborn macht auch schleswig-holsteinische Polizisten betroffen

**Kiel** – Mit Bestürzung und großer Trauer haben auch Polizisten in Schleswig-Holstein auf den Tod eines Kollegen in Herborn (Hessen) reagiert. „Diese Tat hätte ohne Weiteres auch hier passieren können. Damit wurden einmal mehr die unberechenbaren Gefahren des Polizeiberufes auf grausame Weise vor Augen geführt“, kommentierte der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner die Gewalttat, bei der Heiligabend am Bahnhof von Herborn ein 46-jähriger Polizist nach einer Messerattacke eines 27-Jährigen getötet und sein 47 Jahre alter Kollege schwer verletzt worden war. Der Schock für die Angehörigen, ausgerechnet am Heilig-

abend einen der ihren zu verlieren, könne nicht größer sein, zeigte sich Börner betroffen. „Unsere Anteilnahme und unsere Gedanken sind bei ihnen und bei dem schwer verletzten Kollegen, von dem wir hoffen, dass es ihm bald wieder besser geht.“ Der Täter war unmittelbar vor der Gewalttat in einem Regionalexpress aufgefallen, weil er sich vom Zugbegleiter nicht kontrollieren lassen wollte. Als die beiden Polizeibeamten hinzukamen, wurden sie unmittelbar von dem bereits polizeibekanntem Mann angegriffen. Das Einschreiten der Ordnungshüter sei immer wieder gekennzeichnet von Gewaltattacken, die Begleiter der ganz normalen Ta-

gesarbeit der Polizei geworden seien, berichtete der GdP-Vertreter. „Wie in diesem tragischen Fall ereigneten sich die Vorfälle überwiegend im alltäglichen Streifen- und Einsatzdienst wie Präsenzstreifen, Personalienüberprüfungen, Familienstreitigkeiten, aber auch bei Festnahmen und Durchsuchungen“, erklärt Börner. Im Jahr 2014 seien in Schleswig-Holstein 1174 Fälle von Widerstandshandlungen und Gewaltdelikten registriert worden, bei denen 363 Beamtinnen und Beamte verletzt wurden. Demnach seien durchschnittlich jeden Tag in Schleswig-Holstein mehr als drei Übergriffe zu beklagen, stellt Manfred Börner fest.



# Diskussion um Polizeierlass

Äußeres Erscheinungsbild der Beamten: Gewerkschaft nennt restriktive Vorschriften völlig unnötig

**Kiel** – Seit zwei Jahren ist der Erlass, der das Tragen von Dienstbekleidung in der Landespolizei geregelt hat, nicht mehr gültig. Kurz vor dem Jahreswechsel nahm die Angelegenheit plötzlich Fahrt auf. Mit einer Frist von nur einer Woche erhielten die Behörden und Ämter die Aufforderung zur Stellungnahme eines neuen Erlassentwurfs, mit dem die Regelungen für das äußere Erscheinungsbild der Polizisten gänzlich neu und erheblich strenger geregelt werden sollen. Neben den neuen restriktiveren Regelungen sorgte auch die kurze Frist zur Stellungnahme bei der Landespolizei für Unruhe und Verärgerung. „Offenbar soll hier ein heikler Erlassentwurf auf die Schnelle durchgepeitscht werden“, hieß es aus den Reihen der Polizeiführung.

Mit dem Erlass solle die Zahl der Angriffe auf Polizeibeamte verringert werden, heißt es in der Einleitung zum Erlass. „Die psychologische Wirkung auf das polizeiliche Gegenüber, die durch unangemessene oder uneinheitliche Dienstkleidung entsteht, lässt einen Angriff auf Polizeivollzugsbeamte wahrscheinlicher werden“, so die wörtliche Formulierung. Die Vorgesetzten sollten deshalb auf „eine gepflegte, einheitliche Dienstkleidung“ achten. So beinhaltet der nach den Stellungnahmen der Behörden und Ämter entschärfte und inzwischen dem Hauptpersonalrat der Polizei zur Mitbestimmung vorgelegte Erlassentwurf unter dem Punkt „Körpermodifikationen“ eine lange Liste von Untersagungen, die in allen bisherigen Erlassen zur Bekleidungs-vorschrift nicht enthalten waren: Demnach dürfen Tätowierungen nicht länger sichtbar getragen werden, auch sichtbare Piercings werden künftig untersagt. Ohrstecker dürfen nach Vorstellungen des Erlassgebers maximal fünf Millimeter groß sein, Ohringe nur zehn Millimeter, wobei pro Ohr nur einer erlaubt ist. Restriktiv sind auch die Vorschriften zur Haar- und Bartracht. Frisuren wie der „Irokese“ oder „Rasta“ sollen nun auch ganz offiziell „unzulässig“ werden. Darüber hinaus müssen Kopf- und Barthaar mit den Grundsätzen der Eigensicherung vereinbar



sein: Zöpfe oder Vollbärte, an denen ein Angreifer ziehen könnten, entsprechen dann nicht mehr den Vorschriften. Und „Aufreger“ für viele Polizistinnen: Die Länge der Fingernägel. Und ein Nagellack, der das „neutrale, optische Erscheinungsbild“ einer Polizistin im Dienst beeinflusst, ist demnach nicht mehr erlaubt. „Die Polizei war noch nie so professionell wie heute“, sagte GdP-Landesvorstandsmitglied Thomas Gründemann auf Anfrage von Gehm (SHZ), dem der Erlass vertraulich „zugespielt“ worden war, ob Polizisten eine solche Gängelung bräuchten. Gründemann weiter: „Deshalb ist ein derart restriktiver Erlass nicht notwendig und übertriebenen Rege-

lungen nicht angezeigt.“ Auf der Grundlage des bisherigen Erlasses seien keine Probleme bekannt geworden, so der GdP-Vertreter. Der alte Erlass, der im Dezember 2013 ausgelaufen ist, ohne bislang ersetzt worden zu sein, habe in der Präambel noch gestanden, dass korrekte Bekleidung der „Erwartungshaltung der Bürger“ entsprechen sollte. „Die Regelungen zu den Körpermodifikationen sowie zur Haar- und Bartracht sorgen für Diskussionen“, sagte Gründemann. Auf Unverständnis stießen die neuen Regelungen auch bei der Opposition. „Unsere Polizisten arbeiten angesichts der Flüchtlingskrise seit Monaten am Limit. Anstatt in dieser Lage alle Kräfte zu bündeln, werde mit der Bekleidungs-vorschrift ein völlig unsinniger Schwerpunkt gesetzt“, meinte der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther. Innenminister Studt habe immer noch nicht begriffen, dass er Loyalität nicht nur einfordern kann – er müsse sie auch selbst gegenüber seinen Polizistinnen und Polizisten zeigen.

## Herzlichen Glückwunsch

An dieser Stelle gratulieren wir auch allen, die zum 1. Januar 2016 in das Amt A8 (Polizeiobermeister/in) überführt worden sind. Für uns ist dies ein wichtiger Schritt zur gesamt besseren Bewertung des Polizeidienstes. Die GdP erwartet, dass sich die mit dieser Gesetzesänderung verbundenen Hebungen für Berufsanfänger auch positiv auf die auswirken, die bereits seit Jahren hochmotiviert im Einsatzdienst das Gesicht der Landespolizei prägen und das große Ansehen und Vertrauen der Polizei in der Bevölkerung maßgeblich erworben haben. Sie haben es mehr als verdient, dass die Veränderungen bei der Einstellung auch ihre Perspektiven positiv beeinflussen.

**Der Landesvorstand**

## REGIONALGRUPPENTERMINE

# Einladung!

### AFB

**Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 9. März 2016, ab 8 Uhr, Speisesaal der PD AFB.** Der Landespolizeidirektor Ralf Höhs hat zugesagt und wird um 10 Uhr für den offenen Teil zum Interview zur Verfügung stehen.

### Schleswig-Holstein Mitte

Einladung! Jungsenioren-Stammtisch der RG-SH-Mitte am Donnerstag, den 11. Februar 2016, 17 Uhr, Sportlerheim Husberg-Bönebüttel, Sickkamp 16, 24620 Husberg.



**SEMINARE****Wie finanziere ich meine Immobilie?**

Baufinanzierung – Gemeinsames Seminar mit GdP-Kooperationspartner PSD Bank –

**Kiel** – Vor der Überlegung, ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen, ein Grundstück zu erwerben, stehen stets Überlegungen, wie so etwas eigentlich organisatorisch und vor allem finanziell vor sich geht.

Die Junge Gruppe Schleswig-Holstein bietet für Mitglieder ein Halbtagesseminar gerade zu diesen Themen an:

- Finanzierung: Lebensversicherung, Annuitätendarlehen oder Bausparvertrag?
- Gibt es Faustregeln über monatliche Belastungen?
- Wie lange sollte eine Baufinanzierung laufen?
- Maklergebühren – wer muss sie zahlen?

- Grunderwerbssteuer: Wie hoch ist sie, und wer muss zahlen?

- Nebenkosten: Gibt es weitere Belastungen, mit denen ich rechnen muss?

- Eintragungen im Grundbuch: Was tue ich, wenn ich schon welche finde?

- Eintragungen im Grundbuch: Was kosten sie und wie lange bleiben die Eintragungen?

- Welche Versicherungen sind notwendig?

Diese Fragen und weitere mehr werden in einem (Halbtages-)Seminar am Montag, 29. Februar 2016, 14 Uhr, für GdP-Mitglieder kostenfrei angeboten.

Als fachkundige Referenten stehen Kerstin Joachim und Holger Brammer von der PSD-Bank Kiel zur Verfügung.

Die Veranstaltung dauert etwa 2½ Stunden und findet in der Gaststätte „Schützenheim“, Itzehoer Chaussee 2, 24784 Westerrönfeld, Telefon: 0 43 31-8 90 41, Telefax: 0 43 31-8 75 26, statt. Es wird ein kleiner Imbiss gereicht. Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Anmeldungen bitte an Dorith Stubenrauch-Schulz (dorith.schulz@gdp.de). Maximal stehen 25 Teilnehmerplätze zur Verfügung. Die Anmeldungen werden nach Eingang berücksichtigt.

**AUFSTIEG IN DEN GEHOBENEN VOLLZUGSDIENST****Interesse an einer Vorbereitung für den Sprach- und Bildungstest?**

**KIEL** – Das Aufstiegsverfahren (verkürztes Aufstiegsverfahren) hat sich deutlich verändert. Durch eine zu fertigende schriftliche Facharbeit und eine vorzustellende Präsentation wird an der FHVD Altenholz die Hochschuleignungsprüfung durchgeführt, bevor dann in einem abschließenden dienstlichen Verfahren durch Einzel- und Gruppengespräche bei der PDAFB diejenigen herausgefiltert werden sollen, die für den neuen Laufbahnabschnitt geeignet sind. Für diesen letzten Teil hat die GdP bisher eine zweistündige Vorbereitung in Eutin angeboten. Die Vorbereitung zur Hochschulprüfung wird an der FHVD dienstlich angeboten.

Somit bleibt die Frage nach der Vorbereitung auf den Sprach- und Bildungstest.

Bis 2012 gab es Vorbereitungsseminare an zwei Standorten (Rendsburg und Eutin) in Kombination auf den Sprach- und Bildungstest und auch auf das alte Aufstiegsverfahren

ren vorbereitet. Diese Angebote wurden gut angenommen (landesweit jährlich über 60 Teilnehmer). Seitdem und mit der Veränderung des Aufstiegsverfahrens ist die Nachfrage gesunken.

Es laufen allerdings Anfragen nach einem Angebot der GdP. Trotz fehlender Rahmendaten ist es schwierig, verbindlich zu antworten oder gar zu planen. Dennoch möchten wir den Bedarf bei Interessentinnen und Interessenten abfragen.

Also: Wer hat Interesse, sich schulisch auf den Sprach- und Bildungstest vorbereiten zu lassen? (Eine Vorbereitung könnte unter folgenden Bedingungen zustande kommen: Landesweit zentral; Zeitraum Frühjahr 2016; ein- oder zweimal wöchentlich in den Fächern Deutsch, Mathe, Politische Bildung, Englisch ...)

Wer darüber hinaus weitere Vorschläge hat, was bei einer Vorbereitung für den Sprach- und Bildungstest unterstützend wirken kann,

sollte sich nicht scheuen, sie an die GdP weiterzuleiten.

Wir bitten um Rückmeldungen bis zum 15. Februar 2016.

**Der Landesvorstand**

**TAUSCHPARTNER GESUCHT**

POM der Wasserschutzpolizei Kiel sucht Tauschpartner (Wasserschutz-, Schutz- oder Kriminalpolizei), um nach Mecklenburg-Vorpommern, bevorzugt Rostock, wechseln zu können. Kontaktdaten: Felix Mühlenbeck, Telefon: 01 62/9 41 56 55.





# Lust auf Ostsee und Oslo?

ab **179€**



**Herzlich willkommen auf der M/S Color Fantasy oder M/S Color Magic! Genießen Sie das faszinierende Ambiente auf den weltweit größten Kreuzfahrtschiffen mit Autodeck.**

**Sie wohnen in komfortablen 3-Sterne-Doppel-/2-Bettkabinen mit Dusche/WC, Minibar, TV, Telefon und Föhn.**

**Preise pro Person:**  
**3 Tage** ab **179,- €**  
**Außenkabine** + 60,- €  
**Einzelkabine** ab + 80,- €  
**Stadtrundfahrt Oslo** zzgl. 38,90 €

Die flexiblen Cruise-Preise werden von Angebot und Nachfrage bestimmt. Bei früherer Buchung bestehen die besten Chancen auf einen günstigen Preis.

## Leistungen:

- **Schiffsreise Kiel-Oslo-Kiel**
- **2 Übernachtungen in gebuchter Kabine**
- **2x Frühstücksbuffet**
- **2x skandinavisches Schlemmerbuffet**

## Abfahrten: täglich

z.B. ab Kiel: 16.05, 22.05, 30.05., 07.06., 22.06., 30.08., 07.09., 19.09., 02.10.

Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.

## Weitere Informationen und Anmeldungen

**PSW-Reisen Kiel**  
 Max-Giese-Straße 22  
 24116 Kiel  
 Telefon 0431 / 17093  
 Telefax 0431 / 17092  
 psw-reisen.kiel@t-online.de

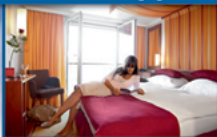
**PSW-Reisen Lübeck**  
 Hans-Böckler-Straße 2  
 23560 Lübeck  
 Telefon 0451 / 5021736  
 Telefax 0451 / 5021758  
 psw-reisen.luebeck@t-online.de

[www.psw-tours.de](http://www.psw-tours.de)

Color Line GmbH · Norwegenkai · 24143 Kiel

Fotos: Color Line

## PSW-Gruppenreise auf der A-ROSA-LUNA\*\*\*\* vom 9. bis 16. Juli 2016



ab **1.399,-**

Genießen Sie französische Lebensfreude

**AROSA**  
Schöne Zeit



# Auf der Rhône

7 Nächte „Rhône Route Classique“

- VollpensionPlus
- Ganztags hochwertige Getränke inklusive
- Frühbucher-Ermäßigung bis 28. Februar 2016
- 15% Ermäßigung auf SPA-Anwendungen
- WLAN kostenfrei
- Badezimmerartikel und Bademäntel in der Kabine
- Nutzung der Bordeinrichtungen (Sauna, Pool, u.a.)
- Bordunterhaltung
- Kabinen- und Abschiedsgruß
- Kinder reisen kostenfrei (bis 15 Jahre in Begleitung eines erziehungsberechtigten Erwachsenen in einer Kabine)
- PSW-Reisebegleitung

Gerne informieren wir Sie über die Anreise mit der Bahn sowie über den Transfer Bahnhof – Schiff – Bahnhof. Landausflüge können aus dem umfangreichen Landausflugsprogramm direkt an Bord gebucht werden.

Erleben Sie eine Reise mit „Savoir-vivre“! Bereits in Lyon können Sie mit französischen Leckerbissen Ihren Gaumen verwöhnen. Die weitere Reise führt Sie durch die Weinregion Côte d'Or, die zum Verweilen und Probieren der edlen Tropfen einlädt. Auf wunderschöne Aussichten können Sie sich in Burgund freuen – mit kulturellen Schätzen in den Städten Lyon, Mâcon oder Avignon. Lehnen Sie sich zurück und genießen Sie sieben Nächte lang das süße Leben – in der 2-Bett-Außenkabine S inkl. VollpensionPlus p. P. bereits ab 1.399 €.

**Reiseverlauf:** **Sonnabend, 9. Juli** Lyon · **Sonntag, 10. Juli** Tournus, Chalon-sur-Saône · **Montag, 11. Juli** Mâcon · **Dienstag, 12. Juli** Viviers · **Mittwoch, 13. Juli** Arles, Avignon · **Donnerstag, 14. Juli** Avignon · **Freitag, 15. Juli** Vienne, Lyon · **Sonnabend, 16. Juli** Lyon, Ausschiffung

## Preise

Kabine-kategorie	p.P. 1-er-Belegung	p.P. 2-er-Belegung
Außenkabine Kat. S	keine Einzelbelegung	<b>1.399,- €</b>
Außenkabine Kat. A	2.061,25 €	<b>1.649,- €</b>
Außenkabine Kat. C mit franz. Balkon	2.498,75 €	<b>1.999,- €</b>
Außenkabine Kat. D mit franz. Balkon	2.686,25 €	<b>2.149,- €</b>

**Frühbucher-Ermäßigung** bei Buchungen bis 28. Februar 2016: **70,- € p.P.**  
 Frühbucher-Ermäßigung gilt ausschließlich für Vollzahler



## PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

## Weitere Informationen und Anmeldungen

**PSW-Reisen Kiel**  
 Max-Giese-Straße 22  
 24116 Kiel  
 Telefon 0431 / 17093  
 Telefax 0431 / 17092  
 psw-reisen.kiel@t-online.de

**PSW-Reisen Lübeck**  
 Hans-Böckler-Straße 2  
 23560 Lübeck  
 Telefon 0451 / 5021736  
 Telefax 0451 / 5021758  
 psw-reisen.luebeck@t-online.de

[www.psw-tours.de](http://www.psw-tours.de)

## Und was sonst noch so war ...

### 8. Dezember

Mitgliederversammlung des Freundeskreises der Polizei.

Vorsitzender Heinz Maurus begrüßt dazu eine Reihe von Gästen, Innenminister Stefan Studt und LKA-Direktor Thorsten Kramer. Kramer stellt mit seinem Mitarbeiter Marco Jäger ein Projekt „Predictive Policing“ vor. Anhand von Daten, die bei jedem Wohnungseinbruch erhoben werden, will das LKA Muster entwickeln, gezielte Gegenmaßnahmen steuern und vor allem dieses Projekt evaluieren. Wissenschaftlich für die Polizei soll es vom KFN (Kriminologisches Institut Niedersachsen) begleitet werden. Für den mathematischen Teil werden ebenfalls Gespräche mit einer Hochschule gesucht. Vielleicht kann der Freundeskreis finanziell flankieren. Am Rande finden Neuwahlen statt. Neue Vorsitzende wird Astrid Damerow, MdL, Stellvertretende Vorsitzende Heinz Maurus und Andreas Breiter (Minister aD), Schatzmeister bleibt Ulrich Boike, Beisitzer werden Thomas Rother und ich.

### 11. Dezember

Sitzung der GdP-Rechtsschutzkommission. Ein Fall aus dem Seniorenkreis führt zu einer langen Debatte: Ein beihilfeberechtigter, pensionierter Polizeibeamter verlangt nach einer Zahnbehandlung die ihm zustehende Beihilfe und reicht die notwendigen Unterlagen ein. Offensichtlich auf dem Postweg oder in den Stapeln des Finanzverwaltungsamtes geht dieser Brief verloren, darunter Originalunterla-

gen. Jetzt beginnt ein Streit über die Einhaltung von Fristen. Der rechtssuchende Kollege stellt chronologisch den Ablauf dar und fühlt sich im Recht. Aufwendigen Schriftverkehr hat er bereits mit der Beihilfestelle geführt, die aber die Anglegenheit nicht befriedigen konnten. Nun benötigt er anwaltliche Hilfe, die ihm selbstverständlich gewährt wird.

### 15. Dezember

Große Ehrung für den Örtlichen Personalrat bei der PD Neumünster: In Berlin erhielt das Gremium den Deutschen Personalrätepreis. Stellvertretend für das gesamte Gremium nahmen ihn Carsten Gross und Ulrich Bahr entgegen. Arno Plickert, Stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und Jurymitglied: „Eine Vereinbarung zum nachhaltigen Gesundheitsschutz mit Strahlkraft weit über die Dienststelle hinaus. Eindrucksvoll zeigt sich hier, was engagierte Personalräte erreichen können, um der zunehmenden Belastung im Arbeitsalltag der Polizisten einen Riegel vorzuschieben. Wir freuen uns sehr über die Nominierung und begreifen sie als sichtbaren Ausdruck dessen, was in der Polizeidirektion Neumünster als Ergebnis der Dienstvereinbarung gelebt wird!“

### 5. Januar

Das alte Jahr ist fünf Tage vorbei und schon liegt die Bilanz der Werbe- und Einstellungsstelle der Landespolizei auf dem Tisch. Wie bereits in den Vorjahren haben sich Bewerberinnen und Bewerber er-

neut in Hundertschaftsstärke unmittelbar vor oder nach der mündlichen Prüfung aus dem Auswahlverfahren zurückgezogen. Während sich die hohe Rate der Einstellungen mit Migrationshintergrund nicht wiederholte, erhöhte sich der Frauenanteil wieder um 3%.

Insgesamt haben sich für den Dienst der Landespolizei 2568 junge Männer und Frauen beworben. Im Verfahren (Einstellungsprüfung) waren dann jedoch 1475 Bewerberinnen und Bewerber. Eingestellt wurden im abgelaufenen Kalenderjahr 260 Anwärtinnen und Bewerber. Der Trend zum Abitur hält an: Von den im Verfahren befindlichen brachten 728 die Hochschulreife mit, weitere 272 hatten Fachhochschulreife, 440 mittlere Reife, 21 kamen mit dem Hauptschulabschluss, 14 kamen mit Meisterbrief oder waren Fachwirt. Von den eingestellten kamen 80,4% aus Schleswig-Holstein, der Rest gleichrangig aus Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. 28,85% betrug der Frauenanteil im Jahr 2015. Obwohl die Zahl der Bewerber mit Migrationshintergrund erfreulich hoch war, sind die Einstellungen übersichtlich (8).

### 6. Januar

Die DAK teilt mit: Rentner mit Job – Jetzt Geld zurück.

Rentner mit einem versicherungspflichtigen Job können sich ihre Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge aus der Rente für das Jahr 2015 teilweise erstatten lassen. Voraussetzung: Die gesamten Jahreseinkünfte – zum Beispiel durch Arbeitsentgelte, Versorgungsbezüge, Leistungen der Arbeitsagentur oder Renten – übersteigen die Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung. Eine Erstattung erfolgt ausschließlich auf Antrag des Arbeitnehmers. Erstattungsfähig sind nur die vom Rentner selbst bezahlten Beiträge für den Teil der Rente, der die Beitragsbemessungsgrenze übersteigt. Das Arbeitsentgelt wird dagegen von der Beitrags-erstattung nicht berührt. Für das Jahr 2015 beträgt die Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung 49 500 Euro beziehungsweise monatlich 4125 Euro.



Astrid Damerow



Andreas Breiter

